Gesetz=Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 7. =

Inhalt: Berordnung, betreffend die Regelung der Berhältnisse in Folge der Sinverseibung des bisherigen Stadtsreises Franksurt a. M. in den Kommunalverdand des Regierungsbezirks Wiesdaden und der Bereinigung dieser beiden Berbände zu einem Landarmenverdande, S. 45. — Berordnung, betreffend die Auseinandersehung zwischen dem kommunalständischen Verbande im Regierungsbezirk Cassel und dem kommunalständischen Berbande im Regierungsbezirk Wiesdaden wegen der dem Landkreise Franksurt a. M. zugetheilten Gemeinden des bisherigen Kreises Hanau, S. 47. — Bekanntmachung der nach dem Geseh vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urstunden 2c., S. 50.

(Nr. 9110.) Verordnung, betreffend die Regelung der Verhältnisse in Folge der Einverleibung des bisherigen Stadtkreises Frankfurt a. M. in den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden und der Vereinigung dieser beiden Verbände zu einem Landarmenverbande. Vom 10. März 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen zur Regelung der Verhältnisse in Folge der Einverleibung des bisherigen Stadtkreises Frankfurt a. M. in den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden und der Vereinigung dieser beiden Verbände zu einem Landarmensverbande, nachdem hierüber ein Uebereinkommen zwischen den genannten Verbänden bis zum 1. Januar d. J. nicht zu Stande gekommen ist, auf Grund des Artikels VIII des Gesehes über die Einführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Hessenschen Rassau vom 8. Juni 1885 (Gesehs-Samml. S. 242), unbeschadet aller Privatrechte Oritter, was folgt:

S. 1.

Alle Vermögensrechte und Ansprüche (Eigenthums- und sonstige dingliche Rechte, Renten und sonstige Einkünfte, Kapitalien und Forderungen) des bisherigen kommunalständischen Verbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden einerseits und des bisherigen Stadtkreises Frankfurt a. M. in seiner Eigenschaft als Landarmenund kommunalständischer Verband andererseits, sowie alle auf öffentlichen oder Privatrechten beruhenden Verpflichtungen der beiden genannten Verbände gehen mit dem 1. April 1886 auf den in dem Gesetz über die Einführung der Provinzials Ges. Samml. 1886. (Nr. 9110.)

Ausgegeben zu Berlin ben 26. März 1886.

ordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Heffen-Nassau vom 8. Juni 1885 (Gesetz Samml. S. 242) bezeichneten erweiterten Kommunalverband (Bezirks-verband) des Regierungsbezirks Wiesbaden als künftigen alleinigen Inhaber dieser

Rechte und Träger der Berbindlichkeiten über.

Der Landesdirektor des Bezirksverbandes ift ermächtigt, die Ueberschreibung aller Immobiliarrechte der beiden bisherigen Verbände, insbesondere ihres Eigenthums an Grundstücken 2c., auf den Namen des Bezirksverbandes in den öffentlichen Büchern zu erwirken.

§. 2.

Aus den Erträgnissen der Nassausschen Landesbank und der Nassausschen Sparkasse, soweit dieselben nicht zur Verstärkung der Reservesonds oder des sonstigen Vermögens dieser beiden Anstalten in Anspruch genommen werden, soll während der nächsten 20 Jahre alljährlich eine Summe dis auf Höhe von 225 000 Mark zu solchen Zwecken der kommunalen Bezirksverwaltung voraus verwendet werden, bei welchen der Bezirk des disherigen Stadtkreises Frankfurt a. M. nicht betheiligt ist.

Zuwendungen an Kreise oder Gemeinden dürfen jedoch nur in der Weise erfolgen, daß aus denselben die Mittel zur Bestreitung von Bezirksabgaben nicht

entnommen werden fonnen.

bed bieberigen Stadtfreifes. B. furt a. Dt. in ben Kommingelerband bes

Unbeschabet der Befugniß des Kommunallandtages, von der im §. 2 vorgesehenen Vorausverwendung ganz oder theilweise Abstand zu nehmen und die betreffenden Beträge gleich den übrigen Ueberschüssen der Nassauschen Landesbank und der Nassausschen Sparkasse zu gemeinsamen Ausgaben des Bezirksverbandes zu bestimmen, fällt die Vorausverwendung fort, insoweit es der Erhebung von Bezirksabgaben bedarf.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

komunualfiändischen Ausbandes des Wogermasbegiels Wiesbaden einerseits und des diebergen Stadtkerfes Frankfurt a. M. in seiner Eigenschaft als Landarmen-

Gegeben Berlin, den 10. März 1886.

(L. S.) Wilhelm.

odilanie opiffing deur Communication (Gigentlimer den v. Puttkamer.

(Nr. 9111.) Berordnung, betreffend bie Auseinandersetzung zwischen bem kommunalständischen Berbande im Regierungsbezirk Caffel und bem tommunalftandischen Berbande im Regierungsbezirk Wiesbaden wegen ber bem Landfreife Frankfurt a. M. zugetheilten Gemeinden bes bisberigen Kreifes Hanau. Bom 15. März 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen zum Zwecke der Auseinandersetzung zwischen dem kommunalskändischen Berbande im Regierungsbezirk Caffel und dem tommunalständischen Berbande im Regierungsbezirk Wiesbaden wegen der dem Landfreise Frankfurt a. M. zugetheilten Gemeinden des bisherigen Rreises Hanau, nachdem hierüber ein Uebereinkommen zwischen den genannten Verbänden bis zum 1. Januar d. J. nicht zu Stande gekommen ist, auf Grund der §§. 110 und 113 der Kreisordnung für die Provinz Heffen-Naffau vom 7. Juni 1885 (Gefetz-Samml. S. 193), unbeschadet aller Privatrechte Dritter, was folgt: ununderstande des Regierungsbeziele Caniel geman in 26 Allage I des Elichers under von der Elichers indexpersioner von des Elichers in 1875 aus des des Elichers des Elichers in der Elichers in der Elicher in der Elic

Die burch S. 1 ber Kreisordnung für die Proving Heffen-Naffau vom 7. Juni 1885 (Gefet : Samml. S. 193) und Artifel I bes Gefetes über bie Einführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Heffen-Naffau vom 8. Juni 1885 (Gefet Samml. S. 242) von dem bisherigen Kreise Hanau, sowie dem Rommunalverbande des Regierungsbezirks Caffel abgetrennten und, mit Ausschluß bes Braunheimer Gemeindewaldes, dem neugebildeten Landfreise Frankfurt a. M., sowie dem Kommunalverbande des Regierungsbezirks Wiesbaden zugetheilten Gemeinden: Stadt Bodenheim, Edenheim, Eschersheim, Ginnheim, Praunheim, Preungesbeim, Bertersheim und Sechbach, beziehungsweise beren Angehörige scheiden aus allen Rechten und Pflichten, welche ihnen gegenüber dem Kommunalverbande des Regierungsbezirks Caffel und deffen Unstalten zustanden, beziehungsweise oblagen, am 1. April 1886 aus, und treten gleichzeitig in den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Angehörigen dieses Berbandes ein.

S. 2.

Der Geschäftsbezirk der Landeskreditkaffe und der Hessischen Brandversicherungsanstalt zu Caffel, sowie der Leihbank zu Hanau und des Leih- und Pfandhauses zu Fulda bleibt in bisberiger Weise so lange bestehen, bis die Gleichstellung desselben mit dem fünftigen Bezirke des Casseler Kommunalverbandes im gesetzlichen Wege erfolgt. Soweit bei diefer gesetzlichen Regelung nicht anderweitige Bestimmungen getroffen werden, übernimmt der Kommunalverband des Regierungsbezirks Caffel die Berpflichtung zur Bertretung beziehungsweise Schadloshaltung der vorbezeichneten acht Gemeinden in Betreff aller Ansprüche, welche gegen dieselben (Nr. 9111.)

aus der Garantie für die Verbindlichkeiten der genannten Anstalten, sowie des Leihhauses zu Cassel etwa herzuleiten sein könnten.

augere-flore Genechber be. 8. . I new Aviolet sommer. Som 15. 28am 1800

Der Kommunalverband des Regierungsbezirks Cassel giebt von dem am 1. April 1886 vorhandenen Reservesonds des ihm zugehörigen Biehseuchesonds densenigen Theil an den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden heraus, welcher nach dem Verhältnisse der Zahl der Pferde beziehungsweise des Rindviehs, die bei der dem 1. April 1886 zunächst vorhergehenden Viehzählung ermittelt ist, auf die vorbezeichneten acht Gemeinden entfällt.

mandre designed CLI date Old . W S. 4. more than the remaining some of

Der Betrag, welcher gemäß §. 110 der Kreisordnung von der dem Kommunalverbande des Regierungsbezirks Cassel gemäß §. 26 Absatz 1 des Gesches vom 8. Juli 1875 aus den Einnahmen des Staatshaushalts überwiesenen Jahresrente an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden abzutreten ist, wird in der Art berechnet, daß der auf die acht Gemeinden entsallende Antheil an der gesammten Jahresrente von 91428 Mark zur einen Hälfte nach dem Maßstade des Flächeninhalts, zur anderen Hälfte nach dem Maßstade der durch die Zählung vom 1. Dezember 1885 sestgestellten Zahl der Civilbevölserung ermittelt wird.

Die Festsetzung der hiernach sich ergebenden Summe erfolgt durch die

beiderseitigen Verwaltungsausschüsse.

Commence (chartes dan moderate \$. 5. despendent amoderate amoderate)

Im Uebrigen zahlt der Kommunalverband des Regierungsbezirks Cassel an den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wießbaden am 1. April 1886 ein- für allemal eine Absindungssumme von 250 000 Mark, durch welche alle Ansprüche des letzteren Verbandes gegen den ersteren aus der gegenwärtigen Auseinandersetzung, wegen der Eingangs aufgeführten acht Gemeinden, unter Ausschluß seder Nachforderung beglichen werden.

Von dieser Absindungssumme sind jedoch 25 000 Mark zurückzuzahlen, wenn ein Anspruch der bezeichneten Gemeinden auf fernere unentgeltliche Mitbenutzung der Landeshospitäler zu Haina und Merkhausen in der bisherigen

Weise im Rechtswege erstritten werden sollte.

serior in volumentation relative §. 6.

Die Kosten für die Unterbringung berjenigen Personen, welche am 1. April 1886 aus den vorbezeichneten acht Gemeinden in den kommunalständischen Ansstalten des Regierungsbezirks Cassel untergebracht sind, wobei von den Lands

frankenhäusern nur bas in Hanau in Betracht kommt, fallen, soweit biefelben nicht bisher von Gemeinden oder Privaten getragen worden und ferner zu tragen find, und so lange der für die Unterbringung maßgebende Grund fortbesteht, dem Kommunalverbande bes Regierungsbezirks Wiesbaden zur Laft. Auf Korrigenden findet diese Bestimmung nur insoweit Unwendung, als deren Berurtheilung wegen einer innerhalb des Bezirks jener Gemeinden verübten Gefetesübertretung erfolgt ift.

Dem Kommunalverbande des Regierungsbezirks Wiesbaden wird das Recht eingeräumt, den ferneren Berbleib jener Personen in den kommunalständischen Unftalten des Regierungsbezirks Caffel zu den Berpflegungsfägen zu verlangen, welche für dieselben jeweilig zu entrichten sein würden, wenn die vorbezeichneten acht Gemeinden dem Regierungsbezirte Caffel weiter angehörten. Die gleichen Sätze kommen auch für diejenigen Personen in Anrechnung, welche sich am 1. April 1886 in dem Genuffe von Freistellen befinden; das Aufrucken in Freistellen findet ferner nicht statt.

Im Falle anderweitiger Unterbringung hat der Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden auch die Rosten des Transports in die Heimath

beziehungsweise in die von ihm zu bezeichnende Anstalt zu tragen.

S. 7.

Soweit eine Unterbringung permahrlasten O. Soweit eine Unterbringung verwahrlofter Kinder aus ben gedachten acht Gemeinden auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes vom 13. März 1878 (Gefet = Samml. S. 132) feitens bes fommunalständischen Berbandes bes Regierungsbezirks Caffel stattgefunden hat, liegt vom 1. April 1886 ab die Berpflichtung zur ferneren Unterbringung, sowie zur Tragung ber Kosten eines dieserhalb etwa erforderlichen Transports dem kommunalskändischen Verbande des Regierungsbezirks Wiesbaden ob.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.
Gegeben Berlin, den 15. März 1886.

(L. S.)
Wilhelm.

Ebanste von Reuhenborf über Diamanneborf bis zire Edwardniber Arriegrage, darw von Angenten von Kengerung ge Brestan Nr. 18 S. 73, ausgegeben den 5. Wicke 1880;

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) find bekannt gemacht:

- 1) ber Allerhöchste Erlaß vom 26. August 1885, betreffend die fernere Gültigkeit des der Deutschen Hypothekenbank (Aktiengesellschaft) ertheilten Allerhöchsten Privilegiums vom 3. April 1872 auch bei den unter dem 28. März 1885 beschlossenen Abänderungen des Gesellschaftsstatuts, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Nr. 48 S. 456, ausgegeben den 27. November 1885;
- 2) der Allerhöchste Erlaß vom 15. Januar 1886, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts, sowie des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Schweidnitz für die Chaussee vom Bahnhofe Königszelt über Tschechen nach Puschkau, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 10 S. 73, ausgegeben den 5. März 1886;
- 3) das unterm 20. Januar 1886 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenossenschaft zu Nieder-Rydultau im Kreise Rybnik durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 7 S. 50, ausgegeben den 12. Februar 1886;
- 4) das unterm 20. Januar 1886 Allerhöchst vollzogene Statut für den Deichverband Ober- und Unter-Spillekesward in Hüthum, Kreis Rees, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 8 S. 63, ausgegeben den 27. Februar 1886;
- 5) der Allerhöchste Erlaß vom 1. Februar 1886, betreffend die Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreiß Ost-Priegnitz bezüglich der demselben von den Stadtgemeinden Wittstod resp. Prizwalt überlassenen Chausseen 1) von Wittstod bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Wredenhagen, 2) von Wittstod über Freienstein nach Meyenburg und von Wittstod über das Stift Heiligengrabe nach Prizwalk, in gleicher Weise, wie dasselbe den genannten Stadtgemeinden für diese Chausseen verliehen worden ist, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 10 S. 93, ausgegeben den 5. März 1886;
- 6) der Allerhöchste Erlaß vom 1. Februar 1886, betreffend die Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Waldenburg für die Chaussee von Reußendorf über Dittmannsdorf dis zur Schweidnitzer Kreisgrenze, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 10 S. 73, ausgegeben den 5. März 1886;
- 7) der Allerhöchste Erlaß vom 1. Februar 1886, betreffend die Verleihung des Rechts zur Chaussegelderhebung an die Kreise Trebnitz und Militsch

für die in ihr Eigenthum übergegangene vormalige Aktienchaussee von Trebnit über Militsch bis zur Posenschen Provinzialgrenze bei Zduny, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 11 S. 83, ausgegeben den 11. März 1886;

- 8) der Allerhöchste Erlaß vom 3. Februar 1886, betreffend die Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Oberbarnim für die von demselben zu bauende Chaussee von Heckelberg über Kruge und Gersborf bis zur Eberswalde-Freienwalder Kreischaussee, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 11 S. 103, ausgegeben den 12. März 1886;
- 9) das unterm 15. Februar 1886 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenossenschaft zu Tichau im Kreise Pleß O. S. durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 10 S. 73, ausgegeben den 5. März 1886;
- 10) ber Allerhöchste Erlaß vom 17. Februar 1886, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Berlin für die zur Freilegung und Regulirung der Büschingstraße, der Kreuzbergstraße und des Bürgersteiges vor dem Grundstück Nr. 13 der Pankstraße erforderlichen Grundstücke, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Nr. 11 S. 106, ausgegeben den 12. März 1886.

für die in ihr Ciaenthus uiergesengene vermange Afriendauslie von Technik über Weltigte seit zur Architeken Rewugiolgerige der Jouans, durch das Almiedlant der Ronal Argieums zu Broslau Kr. II S. 83. ausgegeben den 11. März 1886;

- 8) der Allerheichte Schap nam 3 Abruar 1886, hetrestend die Norleibumg des Rechts zur Characterschaften an der Areis Oberhannun für die von deutschen zu danesde Chauster von Sechsberg über Aruge und Gersdorf dis zur Cherchartber-Freienwalder Areischausse, durch das Amisblatt der Könich Regionung zu Abrikdum Nr. 11 S. 103, ausgegeben den 12 März 1886 z.
- 9) das underm 15. Februar 1826 Allerböchlt rollzogene Statut für die Araimagegenoffenebuft zu Tidaan im dereie Pleg O. S. durch das Amsschlaft der Königl Rezierung zu Oppeln Rr 10 S. 73, andgegeben den S. Ming 1886)
- 10) der Allerhöchste Erlaß vom 17 Kebruar 1886, betrestend die Berleihung ist, des Emelanungsrechts an die Stadhgepieinde Berlin für die zur Kreischeng und Regung und Regulreung der Britchingstrüße, der Kreizdergfraße und des Lingersteiges von dem Grundslich kir II der Königt Regierung zu Worderstichen Grundsliche, durch das Lingehlatt der Königt Regierung zu Wordenmund und der Stadt Perlin Reg. 11 S. 1065, ausgegeben den 12 März 1886